

## **REDEBEITRAG ABR 28.10.2023**

Rückführungsverbesserungsgesetz, Krisenverordnung, Instrumentalisierungverordnung - in den letzten Wochen präsentieren deutsche Politiker\_innen und Behörden immer wieder neue Wortfindungen, eine unverständlicher als die andere. Was verbindet diese Zungenbrecher: sie alle verletzen oder gefährden Grundrechte für Geflüchtete und Asylsuchende. Und sie verpacken umständlich eine rechtspopulistische Haltung, die Rassismus und Ausgrenzung schürt.

Aber warum geht es eigentlich:

Am 11. Oktober präsentiert Nancy Faeser im Namen der Ampel-Regierung das sogenannte Rückführungspaket. Das Ziel davon: Abschiebungen zu erleichtern und damit massiv auszuweiten, koste es, was es wolle. Abschiebehaft, Sicherungshaft, Mitwirkungshaft und Sicherungsgewahrsam - schon jetzt sieht der Gesetzesdschungel verschiedenste Formen des Freiheitsentzugs vor, um Abschiebungen zu ermöglichen. Und mit den neuen Gesetzesverschärfungen erreicht die Entrechtung von Geflüchteten ein neues Level.

Die Sicherungshaft soll von aktuell drei auf sechs Monate verlängert werden, wenn die Ausreise der Person nicht durchführbar ist. Auch wenn der Zielstaat die Aufnahme der inhaftierten Person während der sechs Monate Haft verweigert, ändert das nichts an der Haftdauer. Das heißt also: Menschen werden einfach so für ein halbes Jahr weggesperrt!

Eine weitere Schikane im neuen Gesetzesentwurf: die Verschärfung der Mitwirkungshaft. Damit soll eine geflüchtete Person bereits in den Knast kommen, wenn Behörden der Ansicht sind, dass die Person angeblich nicht zur Klärung ihrer Identität beiträgt. Dabei ist es für viele Geflüchtete einfach unmöglich, von ihrer Botschaft einen Pass zu erhalten.

Zusätzlich laufen Menschen Gefahr, nicht nur in Abschiebehaft, sondern auch in das sogenannte Ausreisegewahrsam zu kommen. Nach aktueller Gesetzeslage darf eine geflüchtete Person zur sogenannten "Sicherung der Durchführbarkeit der Abschiebung" bis zu zehn Tage in Gewahrsam genommen werden. Trotz verfassungs- und europarechtlicher Bedenken, hält die Regierung fest an der faktischen Inhaftierung ohne Haftgrund. Die neue Verschärfung präsentiert: die Dauer der Haftzeit wird von 10 auf 28 Tage verlängert. Die Verlängerung auf vier Wochen wird damit begründet, dass die bisherigen zehn Tage in der Praxis angeblich zu kurz seien, um die Abschiebung durchzuführen. Es sind aber rechtliche und humanitäre Gründe, die die meisten Abschiebungen verhindern, nicht die fehlende Zeit.

Es geht hier um Menschen, die ohne Straftatbestand de facto inhaftiert werden!

Wir fordern alle diese Haftformen sofort zu beenden und wir sagen Nein zu den Verschärfungen!

Wir drehen die Zeit um noch ein paar Monate zurück: Im Mai 2023 vereinbart die Regierung eine "Joint Declaration" mit dem Irak. Am 9. Oktober meldet ProAsyl besorgniserregende Nachrichten: Die Bundesregierung forciert Abschiebungen in den Irak. Duldungen von Iraker\_innen werden nicht mehr verlängert. Betroffen sind potenziell 28.000 Iraker\_innen, die hier in Duldung leben.

Dabei ist die Situation im Irak immer noch labil und gefährlich. Das Auswärtige Amt meldete letzten Monat, dass der irakische Staat nach wie vor »für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen verantwortlich« ist. Folter und willkürliche Festnahmen sind dort Alltag, ebenso wie Gewalt gegen Frauen und queere Menschen. Jesiden, die im Irak besonders gefährdet sind und nun auch abgeschoben werden sollen, haben in Berlin bereits mit einem Hungerstreik begonnen. Abschiebungen in Länder mit einer menschenrechtlich und humanitär schlechten Lage dürfen nicht stattfinden!

Nun schieben deutsche Behörden in ihrer Abschiebehysterie so viel wie möglich ab. Erst am 17. Oktober wurde eine Familie, die seit 9 Jahren in Titisee lebten, mit ihren 7 Kindern, die alle hier geboren sind, nach Gambia abgeschoben. Versprochene staatliche Hilfe wurde nicht geleistet. Die Rechte der Betroffenen sind bei einer Abschiebung nirgendwo geregelt. Die soziale Rückkehrsituation ist für viele geflüchtete Personen katastrophal. Immer mehr Abgeschobene werden in letzter Zeit nach ihrer Abschiebung im Herkunftsland inhaftiert. Lediglich neun Prozent der rund 300.000 geduldeten Menschen wird vorgeworfen, ihre eigene Abschiebung zu verhindern. Die restlichen 91 Prozent dürfen mit Begründungen, also zum Beispiel aus humanitären Gründen, gar nicht abgeschoben werden. Und schon jetzt sind mehr als 50% der Abschiebehaftbeschlüsse von Amtsgerichten rechtswidrig.

Wieso verabschiedet die deutsche Regierung jetzt ein Abschiebepaket nach dem nächsten? Politiker\_innen aller Lager übertrumpfen sich in rhetorischer Hetze gegen Asylsuchende. Aber es geht hier nicht nur darum Wähler\_innen-Stimmen abzufangen: wer glaubt, Nancy Faeser und Olaf Scholz reden einfach nur der AFD nach dem Maul, der verkennt die Brutalität der Staatslogik und die rassistische Ideologie, die tief bis in die sogenannte Mitte der Gesellschaft reicht. Die neuen Gesetze sollen jetzt Handlungsmacht symbolisieren, obwohl sie faktisch nicht bzw. kaum für mehr Abschiebungen sorgen. Die multiplen Krisen spitzen sich zu. Und statt eines radikalen Systemwandels versucht Europa, durch immer höhere Zäune, immer perfidere Abkommen und immer skrupellosere Grenzbeamten\_innen das Problem zu lösen. Darin zeigt sich der Wahnsinn der Staatslogik, nämlich die Idee die eigenen Grenzen unter Kontrolle zu haben und damit die eigene, sogenannte deutsche, Identität zu bewahren.

"Der Mensch", für den in Europa die Menschenrechte gelten, ist eben nicht der Gambier im Schlauchboot und auch nicht die Irakerin im Abschiebeknast. Deswegen sind alle Rufe nach "mehr Menschenrechten" zwar gut gemeint, verfehlen aber das Problem, dass die Menschenrechte, wie wir sie kennen, noch nie für alle vorgesehen waren. Deswegen sind wir heute auf der Straße – denn was es braucht, ist eine emanzipatorische Gesellschaft, die die Würde und Rechte jedes Menschen wirklich wahr!

Deswegen fordern wir: eine Welt ohne Abschiebeknäste, ohne Grenzen und Mauern!

Wir fordern: Bleiberecht für alle!